

Steuerzahler sollen jetzt den Kapitalisten helfen

Konjunktur war gestern. Banken und Versicherungen hängen jetzt am Staatstropf, die Automobilbranche steht vor dem Zusammenbruch, am Bau geht fast nichts mehr. Die Zeichen in den Industriestaaten stehen schon geraume Zeit auf Sturm. Aber auch Schwellen- und Entwicklungsländer leiden unter der einbrechenden Konjunktur.

Schon in den Monaten April bis Juni war die amtlich gemessene Wirtschaftsleistung unter die des ersten Quartals gerutscht. Damit befindet sich das Land wieder in der Rezession. Die neuesten Zahlen zur Industrieproduktion zeigen, dass das Abrutschen in Deutschland besonders steil ist.

Stagnierende Löhne, der Abbau der sozialen Leistungen, gekürzte Renten haben seit der Jahrtausendwende den Binnenmarkt Deutschland verkümmern lassen. Nun, da die Weltkonjunktur stottert, werden die in Deutschland gefertigten Autos, Maschinen, Chemieprodukte usw. nicht mehr nachgefragt. Exportaufträge brechen ein.

Steuerzahler sollen den Kapitalismus retten

Der Rettungsaktion für die deutschen Banken von 500 Mrd. Euro folgen weitere Maßnahmen für die heimische Autoindustrie. Nun entdeckt die Bundesregierung plötzlich, dass der Staat Konjunkturpakete auflegen kann, um die wegbrechende Nachfrage nach Produkten zu mildern. Weil solche

Dinge im neoliberalen Gedankengut von Union und rechter SPD aber nicht vorkommen, brachte man nur ein kleines Päckchen auf den Weg. Sein wichtigster Teil: befristete Kfz-Steuerbefreiung für schnelle Autokäufer. Kaum war das Päckchen durch den Bundestag, musste die Regierung schon wieder ran. Frau Merkel wollte die General-Motors-Tochter Opel retten. In Hessen hat man schon einen „Schutzschirm“ über Opel gespannt.

„Schutzschirme“ für Arbeiter und Angestellte notwendig

Nur eins darf bei alledem nicht sein. Der Binnenmarkt in Deutschland darf nicht dadurch angeregt werden, dass man die Kaufkraft der gemeinen Bürger verbessert. Es darf keine Mindestlöhne geben, es darf nicht höhere Renten, verbesserte Hartz-IV-Sätze oder gar steigende Reallöhne geben. All das können sich „unsere Konzerne“ nicht leisten.

Kaum ein Tag vergeht, ohne dass Unternehmen Entlassungen ankündigen. Allein in der europäischen Autoindustrie sind nach Expertenangaben bis zu 60.000 Jobs gefährdet.

Wenn „Schutzschirme“ aufgespannt werden dann muss gleichzeitig das Kapital zurückgedrängt werden. Als Sicherheit müssen Eigentumsrechte eingeräumt werden, man muss die Zocker in die Schranken weisen, Kontrollmaßnahmen auf allen Ebenen sind nötig. Gleichzeitig werden „Schutzschirme“ für die Arbeiter und Angestellten gebraucht.



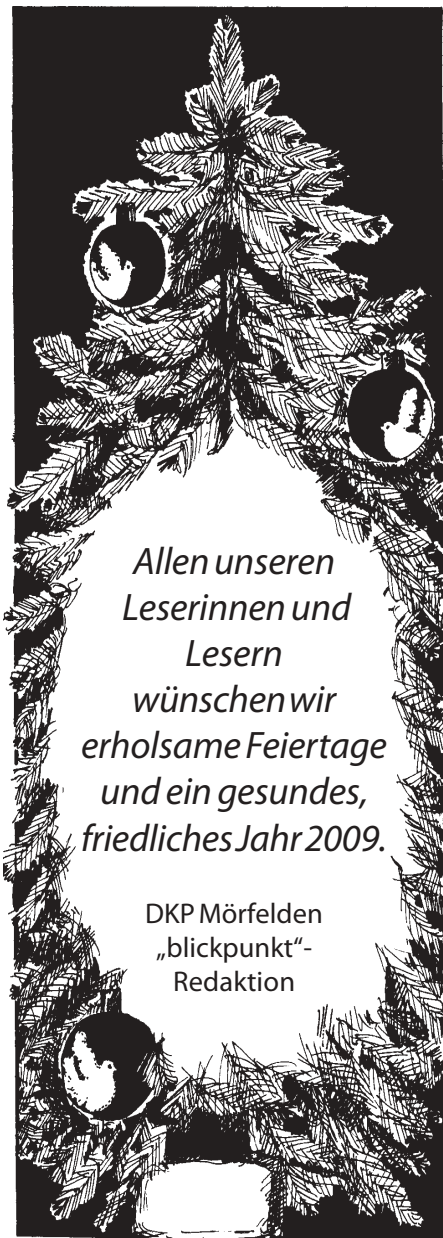
Die Firma Opel bekam ihre Bürgschaftszusage. Hunderte Millionen Euro stehen zur Verfügung. Geld vom Steuerzahler. Es gibt viele Gründe die dafür sprechen. In Hessen, so sagt man, seien 1.600 Firmen mit 50.000 Beschäftigten von der Krise der Autoindustrie betroffen.

Früher waren die Menschen in unserer Stadt mit Opel stark verwachsen. Jeden Tag fuhren Busse nach Rüsselsheim ins Werk. Viele haben dort einen Beruf gelernt und sind ein ganzes Leben lang Opel anner geblieben. Das ist nicht mehr so.

Rüsselsheim mit seinen 60.000 Einwohnern hat sich verändert, früher hatte Opel über 42.000 Beschäftigte, heute hat Opel in Rüsselsheim noch 18.500 Leute, nur noch 5.000 in der Produktion. (Insgesamt in Rüsselsheim, Bochum, Eisenach, Kaiserslautern ca. 25.000). Vieles ist jetzt anders. Seit dem Jahr 2000 zahlt Opel in Rüsselsheim keine Gewerbesteuer mehr. Die GM-Mutter in Detroit ist im Grunde pleite.

Opel-Sprecher Jörg Schrott: „In Europa hat General-Motors 300 Millionen Dollar Gewinn gemacht - mit hohem Rüsselsheimer Anteil“. Für die Fehler der Kapitalisten bezahlen jetzt wieder Steuerzahler.

Manche erkennen immerhin: Das kapitalistische System ist der Fehler.



Allen unseren
 Leserinnen und
 Lesern
 wünschen wir
 erholsame Feiertage
 und ein gesundes,
 friedliches Jahr 2009.

DKP Mörfelden
 „blickpunkt“-
 Redaktion

„Friede den Hütten – Krieg den Palästen“

Gegen die Nominierung von Verteidigungsminister Franz Josef Jung zum CDU-Direktkandidaten im Kreis Groß-Gerau haben Kriegsgegner demonstriert.

Mit einem Transparent, das sich gegen die Nato und den herrschenden Kapitalismus wandte, wurden die CDU-Kreisdelegierten in Nauheim empfangen.

Die DemonstrantInnen machten mit Sprechchören und Gesprächen ihre Ablehnung der weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr der CDU und der Bevölkerung deutlich.

In ihrer Pressemitteilung hieß es: „Wie schon Georg Büchner, der in seiner 1834 erschienen Schrift „Der hessische Landbote“ gegen das Militär ankämpfte: „Sie sind die gesetzlichen Mörder, welche die gesetzlichen Räuber schützen...“, wenden sich auch die KriegsgegnerInnen gegen Bundeswehreinmärsche im In- und Ausland. Nur mit dem Unterschied, dass die Militärausgaben zu Büchners Zeiten 914.820 Gulden kosteten, heute aber jährlich über 30 Milliarden Euro und für die Auslandseinsätze des Militärs seit 1992 laut Bundesregierung mehr als 10 Milliarden Euro verschlungen wurden. Das ist der Preis, der für den „Schutz der wirtschaftlichen Transportwege, uneingeschränktem Zugang zu den verschiedensten Ressourcen, Aufrechterhaltung und Ausweitung des kapitalistischen Welthandels“ und eben nicht für die „Verteidigung der Bundesrepublik am Hindukusch“ gezahlt wird.“



Ein Freund aus Gorleben schrieb uns: „Wir haben es gemeinsam mit sehr unterschiedlich zusammengesetzten Gruppen geschafft, unser Recht auf Versammlungsfreiheit durchzusetzen. Auch mit dem Einsatz von über 16.000 Polizisten waren die Demonstrationsverbote nicht durchzusetzen. Wir sind mehr geworden - wir sind eine Macht, die im Land etwas bewegen kann. 30 Jahre Widerstand gegen das Atomprogramm haben deutliche Spuren im Bewußtsein der Wendländer hinterlassen. Wir haben gezeigt, dass die Antiatombewegung wieder da ist, jetzt wollen wir den Schwung aus Gorleben mitnehmen und weiter Druck machen, damit es endlich zu einem wirklichen Atomausstieg kommt. Viele unserer Widerstandsaktionen gab es auch bei euch zur Startbahnzeit. Ich hoffe, ihr werdet nicht nachlassen im Kampf gegen den ständigen Ausbau des Frankfurter Flughafens.“

Schäbig

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) will Politikerinnen und Politikern der im Landtag vertretenen Parteien während des Wahlkampfs bei vier Podiumsdiskussionen die Gelegenheit geben, ihre Positionen zu zentralen landespolitischen Themen darzustellen. Die FAZ will zu diesen Podien jedoch ausschließlich CDU, SPD, FDP und Grüne einladen. Die Linken passen nicht ins FAZ-Konzept. Das ist undemokratisch und verstößt gegen das Prinzip der Chancengleichheit im Wahlkampf.



Nachdenken über Opel und den Kapitalismus

Die Finanzkrise schlägt nun auch in Deutschland zu und, von den Banken ausgehend, trifft sie nun auch die Realwirtschaft. In erster Linie die Automobilindustrie, allen voran die Tochtergesellschaften amerikanischer Konzerne wie Opel und Ford. Die hemmungslose Profitgier ist der Götze der Finanzmärkte. Alles ist erlaubt: Kreditvergabe ohne Sicherheiten und ohne Tilgung. Handel mit hochverzinslichen Schrottkrediten in Milliardenhöhe, sogenannte Leerverkäufe von Wertpapieren, die man nicht besaß.

Es ist allerdings „der ganz normale Kapitalismus“.

Was schrieb doch der englische Gewerkschafter Joseph Dunning vor weit mehr als 140 Jahren?

„Das Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit...Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden, 20 Prozent es wird lebhaft; 50 Prozent positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert.“ (Karl Marx wußte warum er diesen Satz in sein Hauptwerk „Das Kapital“ aufnahm.)

Voraussetzung der aktuellen Krise war die Aufblähung der Finanzmärkte auf mehr als 100 Billionen Dollar.

1980 waren es gerade einmal vier Billionen Dollar.

Je mehr Vermögen nach immer höherer Rendite strebt, desto größer ist die Tendenz zur Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft. Desto größer der gesellschaftliche Schaden, der angerichtet wird. Die Geldschwemme ist allerdings Resultat einer massiven Umverteilung von unten nach oben. Unternehmern, Vermögenden und Beziehern hoher Einkommen sind in Deutschland in den letzten zehn Jahren rund eine Billion Euro zusätzlich zugeflossen; die eine Hälfte weil die Lohnerhöhungen zu niedrig waren, die andere aufgrund massiver Steuergeschenke.

Die oberen zehn Prozent der Haushalte in Deutschland verfügen inzwischen über fast zwei Drittel des Gesamtvermögens.

Nun will Opel staatliche Hilfe in Milliardenhöhe

Es dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass hier geholfen werden muss, nicht im Interesse der Aktionäre von General Motors, aber im Interesse der Belegschaften in Rüsselsheim, Bochum, Kaiserslautern und Eisenach. Opel darf nicht bankrott gehen.

Aber diese Hilfe kann nicht umsonst geschehen.

Eine staatliche Bürgschaft für Opel muss gebunden werden an konkrete Zusagen für Werke, Jobs und Investitionen. Es muss garantiert werden, dass nicht weiterhin Gelder von der Muttergesellschaft abgezogen werden.

Als Sicherheit müssen den Ländern und dem Bund Eigentumsrechte eingeräumt werden.

Es wäre allerdings viel zu kurz gedacht, wenn jetzt nur der Automobilindustrie geholfen werden sollte.

Was gebraucht wird ist ein Konjunkturprogramm für die Gesamtwirtschaft.

Und da darf nicht gekleckert, da muss schon geklotzt werden.

Wer wie die Bundesregierung in den nächsten beiden Jahren ganze 12 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben will, hat den Ernst der Lage nicht erkannt. Mit lächerlichen 0,25 Prozent unsers jährlichen Sozialprodukts kann man weder eine Rezession verhindern, noch den Arbeitsplatzabbau stoppen.

Die Regierung sollte den Sachverständigenrat ernst nehmen, der sich nunmehr bei der Frage eines Konjunkturprogramms von seiner einseitigen angebotsorientierten Grundhaltung verabschiedet hat.

Wir brauchen ein Konjunkturprogramm, das diesen Namen auch verdient. Die USA und China machen es vor: China plant mit 586 Milliarden US-Dollar, 8 Prozent seines jährlichen Sozialprodukts, die eigene Wirtschaft und die Weltkonjunktur zu stützen. Die USA haben bereits 1 Prozent ihres Sozialprodukts in die Wirtschaft gepumpt. Der neue Präsident hat bereits weitere 175 Milliarden US-Dollar gefordert.

Also ran, jetzt darf nicht gesummt, jetzt muss laut und deutlich gepfiffen werden. HS

Der private Bankensektor hat abgewirtschaftet und seine historische Überlebtheit ist offensichtlich

Die Bundesregierung wird aufgefordert den gesamten bisher privaten Bankensektor in öffentliche Kontrolle und Eigentum zu überführen. Dabei ist eine demokratische Kontrolle und Ausrichtung der Geschäftspolitik der Banken auf die Erfordernisse der Bevölkerung und der Realwirtschaft von entscheidender Bedeutung.

Zur Abschöpfung des frei vagabundierenden Finanzkapitals ist eine Millionärssteuer notwendig: Bei einem Steuersatz von etwa zehn Prozent bei einem Freibetrag von einer Million können jährlich über 200 Milliarden Euro abgeschöpft werden. Viel Geld, das für Bildung und Erziehung, öffentliche Daseinsvorsorge, eine hervorragende Infrastruktur und den ökologischen Umbau unseres Landes eingesetzt werden könnte.



Besuch in Walldorf an der Werra

Drei Tage war die Stadtverordnetenfraktion der DKP/ Linke Liste zur Haushaltsklausur in Thüringen. In Walldorf, einem Dorf mit knapp 3000 Einwohnern, wurden die Kommunalpolitiker aus Mörfelden-Walldorf herzlich von Bürgermeister Matthäus Hildebrand begrüßt. Er ist in der Linkspartei. Ein stolzer Bürgermeister, anerkannt und beliebt. Bei der Direktwahl erhielt er über 80% der Stimmen

Das neueste Schmuckstück in Walldorf ist das Gemeindezentrum „Kressehof“ (Foto). Neu ist auch der Kindergarten, 56,- Euro müssen für ein Kind bezahlt werden - die Kommune bezahlt das kostenlose Mittagessen. Die Verschuldung pro Kopf der Einwohner liegt bei 135,- Euro.

Probleme gibt es auch: Viele Menschen müssen weit fahren, um zur Arbeit zu kommen, manche sind die ganze Woche weg.

Das Thüringer Walldorf ist verschwistert mit Walldorf/Baden. Offenbar gab es bei unserem früheren Bürgermeister Brehl kein Interesse für eine engere Partnerschaft. Mit der freiwilligen Feuerwehr aus unserem Walldorf gibt es jedoch herzliche Beziehungen. Von hier bekamen die Thüringer auch ein Feuerwehrauto. Mit großem Spaß hörten wir: „Das Daimler-Tanklöschfahrzeug aus eurem Walldorf läuft immer noch prima.“ Mit dem Auto ist man übrigens in knapp drei Stunden dort. Die sanften Rhön-Hügel, die offenen Menschen sind es wert, ein Wanderwochenende einzuplanen. Vielleicht wird ja auch das mit der Partnerschaft noch mal aufgegriffen.

Kostenloses Essen in unseren Kindertagesstätten möglich?

Die DKP/LL-Fraktion hat angefragt ob kostenloses Essen in den Kindertagesstätten unserer Stadt möglich ist. Die Fakten: Kinderarmut macht um unsere Stadt keinen Bogen. In anderen Städten hat man darauf schon reagiert und organisiert kostenloses Essen in Kindergärten und Schulen. Eine interessante Initiative hat die SPD in Thüringen gestartet. Die SPD-Fraktion will dort (hier ist sie in der Opposition) eine Kinderpauschale für kostenloses Essen in Kindergärten, Grund- und Förderschulen.

Man will entschlossen gegen Kinderarmut vorgehen und dabei die Kommunen unterstützen.

Dazu soll das Land den Kommunen Fördermittel durch eine Kinderpauschale bereitstellen.

Ziel sei eine kostenfreie Essensversorgung in Schulen und Kindertagesstätten für Kinder aus armen Familien. Dabei sollen Kinder berücksichtigt werden, deren Eltern Leistungen durch das SGB II oder XII, Wohngeld, Bafög oder vergleichbare Sozialleistungen erhalten.

Carmen Everts u.a.

Carmen Everts bekräftigte bei einer Podiumsdiskussion des DGB im KuBa Ende September in Mörfelden ihren festen Willen zum Politikwechsel. Auf die Abschlussfrage, wie lange Roland Koch noch geschäftsführender Ministerpräsident ist, zeigte sie sich entschlossen: „Wenn es nach mir geht, nicht länger als bis Anfang November.“

Wenige Wochen später: Unter dem Beifall von Industrievertretern, Fraport, CDU und FDP, die am 3. November vor den Fernsehkameras die Sektorkorken knallen ließ, wurde der Auftritt der SPD-Abweichter Walter, Tesch und Everts gefeiert.

Nun wird oft gefragt, ob es für die vier SPD-Landtagsabgeordneten andere Motive außer ihrem „Gewissen“ gab. Es gibt Leute, die sagen, es kann gar nicht anders sein, dass da persönliche, materielle Motive eine Rolle gespielt haben, dass die bestochen worden sind.

Wenn man die plötzliche Kehrtwendung betrachtet, stellt sich natürlich diese Frage. Es bleiben Spekulationen.

Entscheidend ist, was die vier „angerichtet“ haben. Im Frühjahr freuten sich viele, weil Koch abgewählt schien, jetzt bleibt er uns wahrscheinlich weitere fünf Jahre.

Denjenigen, die in demagogischer Weise das Schreckgespenst einer Beteiligung der Linken an die Wand malten, ging es in Wirklichkeit darum, die Abwahl Kochs und die Umsetzung eines sozial-ökologischen Regierungsprogramms zu verhindern. Wenn die Nebel verzogen sind, werden die Menschen dies merken, und sie werden auch merken, wessen Geistes Kind die Abweichter sind: Sie sind die eigentlichen Wahlbetrüger.

Sehenswert!
500 Fotos aus
unserer Stadt
auf der Webseite
www.dkp-mw.de



Über 300 Menschen aus allen Gebieten der Sowjetunion, aus Italien, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Rumänien und Polen waren während des zweiten Weltkriegs in Walldorf zur Zwangsarbeit eingesetzt. Neben dem KZ Außenlager in Walldorf gab es vier Lager und Unterbringungsstätten für Zwangsarbeiter. Darüber hinaus waren mindestens 90 Personen bei Bauern, in Kleinbetrieben und in Privathaushalten. Dieses vergessene Kapitel unserer Stadtgeschichte wird gerade erforscht. Ernst Knöb, Alfred J. Arndt, Anette Neff und Isabelle Girardin-Knöb haben bei einer Veranstaltung im Museum Walldorf erste Ergebnisse vorgelegt. Dabei war der Franzose Georges Fouquet aus Les Roises (Mitte), der damals bei Jakob Becker V. in Walldorf arbeiten musste. Angereist war er mit seiner Familie.

Er berichtete: „Ich bekam im Haus von Jakob Becker ein eigenes Zimmer und habe in der Landwirtschaft gearbeitet. Seine Söhne waren im Krieg. Wir sind oft zusammen in den Wald zum Holzholen gefahren. Dort habe ich junge Frauen gesehen, die in eleganten Sommerkleidern schwere Waldarbeit verrichten mussten. Sie waren von Soldaten bewacht. Im Winter hatten sie sich gegen die Kälte mit Zementsäcken umwickelt. Ich habe aus dem Keller von Jakob Becker Kartoffeln mitgenommen und habe sie den Frauen zugesteckt. Der "Patron" hat so getan, als sähe er das nicht.“ In den nächsten Ausgaben des „blickpunkt“ wird über den Fortgang der Forschungen berichtet. Weitere Informationen unter: www.zwangsarbeit-walldorf.de

Wirtschaftsverbände wollen Rentenpolitik nach Gutsherrenart

Wirtschaftsvertreter haben eine gezielte Dämpfung der im Jahr 2009 anstehenden Rentenerhöhung gefordert.

Mit ihrem Amoklauf gefährden die Wirtschaftsführer den sozialen Frieden und die Demokratie.

Was sollen die Rentner denken, wenn für Banker Milliarden da sind, während sie für jeden Euro mehr Rente an den Pranger gestellt werden. Das Rettungspaket der Bundesregierung für die Banken entspricht immerhin ungefähr zwei Jahresausgaben der Deutschen Rentenversicherung. Eine satte Rentenerhöhung wäre

notwendig. Die jetzt diskutierte Erhöhung von 2,75 Prozent entspricht noch nicht einmal dem Inflationsausgleich und ist damit eine reale Rentenkürzung. Mit dem Gesundheitsfonds drohen Millionen Rentnern zum Jahresbeginn 2009 Nettorentenkürzungen. Ihre Krankenkassenbeiträge steigen, und von der Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge haben sie nichts.

Summa summarum werden die Rentner im nächsten Jahr wieder weniger Geld in der Tasche haben. Das ist schlimm, aber den Wirtschaftsführern offenbar noch nicht schlimm genug.

Der Mörfelder Heimatkalender ist da. Er kostet 10 Euro und ist im Heimatmuseum, in der Buchhandlung Giebel, im Märfelder Shop, bei der Reinigung Otto und in der Dalles-Bäckerei erhältlich.



Wir waren dabei - wir sind dabei

Zum 40. Geburtstag der DKP erschien eine neue Broschüre der „blickpunkt“-Geschichtsreihe: „Wir waren dabei - wir sind dabei“.

Auf 48 farbigen Seiten gibt es mehr als 120 Fotos aus unserer Stadt. Viele, die in den Bürger-Bewegungen der letzten 40 Jahre aktiv waren, sind zu erkennen. Bilder aus der Startbahn-West-Zeit, Fotos der Ostermärsche und der vielen Friedenskundgebungen sind zu sehen. Die Broschüre verkauft sich gut - sie wird sogar verschickt als „Gruß aus unserer Stadt“. In jedem Fall ein Geschenk für Weihnachten.



Die Broschüre ist für 4 Euro erhältlich bei den Mitgliedern der DKP.

Bestellen kann man sie bei Gerd Schulmeyer, Tel. 23366 oder Rudi Hechler, Tel. 22362 oder per Email: info@dkp-mw.de

Herzlichen Dank allen, die dem »blickpunkt« helfen. Jeder Euro hilft, die Zeitung zu erhalten!

Das „blickpunkt“-Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau Konto 9003419, BLZ 50852553

Die DKP/LL-Fraktion hat in einer 3tägigen Klausurtagung den Haushaltsplan 2009 gründlich behandelt. Es wurde fünfzehn Anträge und zahlreiche Anfragen formuliert. In einem Fraktions-Gespräch mit Vertretern der Kämmerei wurde nachgefragt, Unklarheiten beseitigt.

Bei den Anträgen finden sich u.a. folgende Themen:

Sozialen Wohnungsbau in Eigenregie aufnehmen

Wir wollen, dass sich die Stadt Mörfelden-Walldorf wieder selbst beim Bau von Sozialwohnungen in städtischem Eigentum engagiert.

Erinnerungsarbeit fortsetzen - der Opfer politischer Verfolgung durch das Nazi-Regime gedenken

Wir fordern eine Arbeitsgruppe, die Möglichkeiten erarbeitet, wie im Stadtgebiet an die Opfer politischer Verfolgung durch das Nazi-Regime und aktive Antifaschisten aus Mörfelden und Walldorf erinnert werden kann. Wir halten es für falsch, sich bei der Erinnerung an Opfer des Faschismus auf eine Gruppe zu beschränken und damit den politischen Widerstand zu vernachlässigen.

Präsentation des städtischen Kulturprogramms modernisieren

Wir schlagen eine Arbeitsgruppe vor die Vorschläge für eine bessere Präsentation des städtischen Kulturprogramms erarbeitet.

Obwohl in den Ausschüssen und im Stadtparlament eine gewisse Einsicht in die Notwendigkeit erkennbar war, in diesem Bereich etwas zu verändern, erhielten wir in den letzten Jahren für Modernisierungs-Vorschläge keine Mehrheit. Aber das Thema bleibt und bewegt nicht nur uns. Eine Arbeitsgruppe, die Möglichkeiten untersucht, ähnlich wie in vergleichbaren Bürgerhäusern das Kulturangebot zu erweitern und die Präsentation zu modernisieren - besseres, langfristiges Kulturmanagement, eigene Webseiten, qualitative bessere Wer-

bemaßnahmen - scheint sinnvoll. In unserer Stadt zeigen viele Vereine ihr Können, geben Konzerte und machen für viele Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Programme. Daran sollte man nichts ändern.

Konzertmuschel im Bürgerpark

Wir wollen eine „Konzertmuschel“ im Stadtpark am Bürgerhaus (Bürgerpark). Neben dem Skulpturenpark (Ausstellung) sollen somit kulturelle Aktivitäten gefördert werden. Während des Kultursommers könnte ein reichhaltiges Programm geboten werden. Matinee- oder Serenadenkonzerte (auch örtlicher Vereine) würden die Attraktivität und die Besucherzahl der Skulpturenausstellung wesentlich erhöhen. Für die Orchester/Chöre böte eine Konzertmuschel Schutz und bessere Akustik.

Ausbildungsplätze beim Bauhof und bei den Stadtwerken schaffen

Bis zum Beginn des nächsten Ausbildungsjahres (September 2009) werden beim Bauhof der Stadt Mörfelden-Walldorf und bei den Stadtwerken die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass mindesten fünf Aus-

bildungsplätze z.B. für Schreiner, Landschaftsgärtner, Fachkraft im Bereich Wasser/Abwasser oder andere Handwerksberufe angeboten werden können. Die Ausbildungsplätze sind spätestens im März 2009 auszuschreiben.

Stadtmarketing soll für städtische Angebote werben

Der Magistrat wird beauftragt, als Aufgabe des Stadtmarketings schwerpunktmäßig die Werbung für städtische Einrichtungen und Kulturveranstaltungen zu entwickeln. Ziel soll sein, mehr Aufmerksamkeit für die Stadt und ihre Leistungen und Angebote zu erreichen und mehr Nutzer, Gäste, Teilnehmer und Besucher zu gewinnen.

Radweg zum Walldorfer Badensee durchgängig planen

Im Haushalt 2009 werden ausreichend Mittel für die notwendigen Vorplanungen zum Bau eines durchgängigen Radwegs zum Walldorfer Badensee eingestellt. Die Pläne werden im Haushaltsjahr 2009 dem Stadtparlament vorgelegt und Maßnahmen zur Realisierung beschlossen.

Perfide

Stadtrat Franz Urhahn hat Aufträge für über 20.000 Euro an eine Firma vergeben, die ihm nahesteht oder nahe stand. Die DKP/LL-Fraktion stellte zwei Anfragen, um Näheres zu erfahren. In der Stadtverordnetenversammlung meinte Urhahn, das sei eine „Perfidie“.

Wikipedia erklärt „Ein veraltetes deutsches Wort für Perfidie ist „Niederträchtigkeit“. Er meint also offenbar, Leute, die auf solche Dinge hinweisen, sind niederträchtig.

Fest steht: Urhahn gab nur zu, was auf dem Tisch lag. Erst bei einer zweiten Anfrage kam heraus, dass nicht nur ein Auftrag sondern über vierzehn Aufträge so abgewickelt wurden.

Um es klar zu sagen: Wir wollten damit „kein Faß aufmachen“, aber der Erste Stadtrat selbst schaffte es mit seinen arroganten Formulierungen, dass wir hier noch einmal darauf eingehen.

Übrigens in Wikipedia steht noch: „Als Perfidie beziehungsweise mit dem davon abgeleiteten Adjektiv perfide werden Handlungen einer Person ... bezeichnet, die vorsätzlich das Vertrauen oder die Loyalität einer anderen Person oder Personengruppe ausnutzen, um beispielsweise in geschäftlichen Beziehungen ... einen Vorteil zu erlangen.“

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Appell an Fraport

Auf Initiative der Fraktion DKP/LL hat die Stadtverordnetenversammlung einen Appell an Fraport beschlossen.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf appelliert an die Fraport AG keinerlei Rodungen vor einem Gerichtsentscheid in Kassel vorzunehmen.

Im Wortlaut: „Die Stadt Mörfelden-Walldorf appelliert an die Fraport AG, vor einem Entscheid des VGH in Kassel keinerlei Rodungen für den geplanten Flughafenausbau vorzunehmen.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf ist als eine der Musterklägerin gegen den Planfeststellungsbeschluss ausgewählt worden und wird bei der mündlichen Verhandlung im Juni 2009 ihre Position zum Ausbau des Frankfurter Flughafens darlegen.

Der Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses mit Rodungen im Kelsterbacher Wald vor diesem Gerichtstermin würde dieses Gerichtsverfahren ad absurdum führen.

Die von Fraport öffentlichkeitswirksam propagierte „gute Nachbarschaft“ erfordert auch den Respekt für die juristische Auseinandersetzung mit diesen Nachbarn. Wir erwarten deshalb von Fraport, keine Rodungen vor der Entscheidung des VGH durchzuführen.“

In der Begründung des DKP/LL-Antrages hieß es u.a.:

Nachfolgend Fakten, die um unsere Region und Fraport keinen Bogen machen werden:

Wir registrieren den Rückgang des Wirtschaftswachstums. Wichtige Industrien stoppen die Produktion. Der Handel ist schwach, die Rezession beginnt sich weltweit auszubreiten. Die Finanzmärkte sind in der Krise. Wir kennen den ständigen Anstieg der Energiepreise. Wir wissen, es wird weniger Geld für Urlaubsflüge ausgegeben. Die Passagierzahlen sind rückläufig, die Nachfrage im gesamten Luftverkehr ist abgeschwächt. Selbst Fraport rechnet im laufenden Jahr mit einem Passagierrückgang von 1,5%. Es gibt freie Kapazitäten im Flugplan, Maschinen sind oft nur zu 75% ausgelastet.

Es gibt also keinen Grund, demnächst schon 92 ha der gesamten Vorhabensfläche von insgesamt ca. 210 ha zu roden. Der Wald ist als Klimaregulator unverzichtbar.

Der Planfeststellungsbeschluss gehört auf den Prüfstand! Die Bedin-

gungen für das Wachstum des Flugverkehrs haben sich radikal verändert, die Annahmen sind zu optimistisch.

Die kalkulierten Baukosten werden gewaltig überschritten werden. Es kann schnell zu einer milliarden-schweren Fehlinvestition kommen, deren Kosten ungebremst auf die Anteilseigner durchschlagen werden, überwiegend also auf die Steuerzahler. Manager die heute den Ausbau durchziehen wollen, sind wahrscheinlich in 10 Jahren nicht mehr dabei - aber sie hinterlassen eine unbewohnbares Flughafenumfeld. Wir wissen, nur knapp 15% des Fraport-Gewinns kommen vom Flugbetrieb. Trotzdem

Tradition

In der Bürgerbewegung gegen die Startbahn/West gab es viele Gottesdienste im bedrohten Waldgebiet.

Erstmals gibt es jetzt auch am 7.12. 08 (2. Advent) einen Gottesdienst im neuen Waldcamp.

soll uralter Wald gerodet werden. Das ist unverantwortlich.

Es gibt jetzt schon massive Gesundheitsschäden bei der Bevölkerung im Fluglärmgebiet Rhein-Main!

Neue Studien belegen: Fluglärm schädigt die Gesundheit massiv.

Medizinprofessoren haben 2008 aktuelle Studien ausgewertet. Sie belegen: Dauerschallpegel sind unbrauchbare Mittelwerte, jedes einzelne Lärmereignis schädigt die Gesundheit massiv, vor allem das Herz-Kreislauf-System. Es sind nicht nur Alte und chronisch Kranke betroffen, gestörte Nachtruhe trifft alle und schädigt in besonders hohem Maß. „Tagesrandzeiten“ (die sog. Schulterstunden in der Mediationsnacht) sind besonders kritisch.

Schlaf hinter Schallschutzfenstern ist ungesund, Medikamentenverbrauch ist in Fluglärmgebieten deutlich höher, Kinder lernen schlechter, entwickeln sich nur mit Verzögerung, Erholung im lärmgefüllten eigenen Garten und im abgeholzten Wald sind nicht mehr möglich.

Wir erinnern an die gewachsenen Belastungen:

Noch zu Zeiten der Auseinandersetzungen um die Startbahn-West verzeichnete der Frankfurter Flughafen ca. 176.000 Flugbewegungen, was einem Tagesschnitt von 485 Flugeignissen entsprach. Jetzt - bei nahezu 500.000 Flugbewegungen - haben wir einen Tagesschnitt von 1.369 und in wenigen Jahren soll sich der Flugverkehr verdoppeln.

Wir haben einen überproportionalen Anstieg des nächtlichen Flugverkehrs. 1971 gab es 40 Nachtflüge. Heute sind es insgesamt ca. 130 Flüge. Wir sagen, die Menschen im Ballungsraum werden das nicht aushalten. Angesichts der Klimakatastrophe muss gegengesteuert werden.

Wir fordern neue Überlegungen, wie der Flugverkehr der Zukunft organisiert werden soll.

Stadtgeschichten



Nach dem Kriegsende wurde auch von der neu gegründeten SKV Mörfelden an alte Traditionen wieder angeknüpft. Am ersten Weihnachtsfeiertag war der große Saal des Volkshauses bis auf den letzten Platz besetzt und die einzelnen Abteilungen des Vereins gaben an diesem Abend ihr Bestes. Neben den Sängern, den Handharmonikaspielern und den Kunstradfahrern der Radsportabteilung traten unter anderem die einzelnen Sparten der Turnabteilung auf. Übungsleiterin Greta Kemmler und die beiden Turnwarte Ludwig Hormel und Wilhelm Völker ließen mit ihren Gruppen - von den Kleinsten bis zu den Erwachsenen, am Barren, am Reck, auf den Matten und auf den Brettern der Bühne - ihr übers Jahr eingeübtes Programm Revue passieren. Zum Höhepunkt des Abends zählte oft der Auftritt der Turnerinnen mit einer Tanzdarbietung unter Mitwirkung von Chor und Orchester.

Auf unserem Foto aus dem Jahre 1955 sehen wir eine Schülergruppe der Turnerinnen auf der Bühne des Volkshauses anlässlich der Weihnachtsfeier. Sie nannten sich die „Handstandriege“, da sie alle auf dem Niederbarren den Handstand schafften. Es sind von links: Margarete Kemmler, Inge Cezanne geb. Trapp, Annel Lindner geb. Schulmeyer, Karin Kunkel geb. Milutzki, Margot Fahmy geb. Zwilling, Monika Weigand geb. Gerig, Elke Erhard, Greti Best geb. Meierewert, Angelika Schulmeyer, Liesel Laubach geb. Stoyhe, Olly Mendel geb. Stoyhe, Inge Stumm geb. Gernandt.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

8. Dezember
"Die Tagebücher von Adam und Eva"
Beginn: 20 Uhr

18. Dezember
Rettet das Vinyl, Schallplattenabend
Beginn: 20 Uhr

24. Dezember
Weihnachtsparty mit Cocktails
21-2 Uhr, Eintritt frei

18. Januar
Konzert: Café Hungaria
Kaffeehausmusik
Beginn 16 Uhr
Eintritt: 8 Euro, ermäßigt 5,-

24. Januar
POPSHOP
Mit DJane Miss Shapes & Compagnion
Eintritt: 2 Euro
Beginn: 22 Uhr - Einlass 21 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Der veschdehd
so veel vun de Boledick
wie de Gaasbock
vun de Sunneuhr.